

# «Ich kann mich ja auch nicht freikaufen»

**RÜCKKEHRHILFE** FDP-Präsident Philipp Müller kritisiert die Rückkehrhilfe für abgewiesene Asylsuchende als «rechtsstaatlich bedenklich». Und er liest der Wirtschaft die Leviten.

INTERVIEW SERMİN FAKI UND EVA NOVAK  
schweiz@luzernerzeitung.ch

*Philipp Müller, der Bundesrat hat diese Woche einen Bericht zu Kosten und Wirksamkeit der Rückkehrhilfe veröffentlicht, den Sie im Jahr 2011 gefordert hatten. Sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?*

**Philipp Müller:** Die Fragen sind beantwortet, die Fakten wurden dargelegt. Zufrieden bin ich trotzdem nicht.

*Warum nicht?*

**Müller:** Abgesehen davon, dass die Rückkehrhilfe offenbar nur einen marginalen Anreiz zur Ausreise schafft, ist es doch ein recht teurer Spass. Zwar mögen die Beträge pro Fall nicht hoch erscheinen. Kaufkraftbereinigt aber handelt es sich teils um massive Zahlungen. In Gambia ist die durchschnittliche Rückkehrhilfe von 3000 Franken fast 22 000 Dollar wert, in Sri Lanka über 11 000! Das ergibt über die Jahre stattliche Summen. Die Gesamtkosten für die Rückkehrhilfen lagen von 2004 bis 2013 bei 146 Millionen Franken.

*Und abgesehen vom Geld?*

**Müller:** Die Auswirkungen der Rückkehrhilfe vor Ort werden sehr beschönigt. Die Evaluation durch die Internationale Organisation für Migration erfolgt nur stichprobenweise. Damit kann nicht konsequent geprüft werden, ob die Hilfe wirklich erfolgreich ist. Es besteht die Gefahr, dass die Gelder nicht dem Zweck entsprechend eingesetzt werden. Am meisten Mühe habe ich aber damit, dass wir dem abgewiesenen Asylsuchenden mit der Rückkehrhilfe quasi seinen Aufenthalt in der Schweiz abkaufen, obwohl er gar nicht mehr hier sein dürfte.

*Was meinen Sie damit?*

**Müller:** Wir führen ein sauberes, korrektes und faires Asylverfahren durch, das mit einem Wegweisungsbescheid endet. Wenn der Asylsuchende seine Rückreise verweigert, zahlen wir ihm Geld, damit er sich an einen legitimen Entscheid hält. Das ist rechtsstaatlich bedenklich. Wegweisungsentscheide sind zu akzeptieren – ohne Geldbeträge. Ich kann mich ja auch nicht freikaufen, wenn ich mit 120 km/h durch Bern rase. Man könnte meinen, in der Schweiz würden nur das Steuerrecht und das Strassenverkehrsrecht wirklich vollzogen, und alles andere seien eher Richtlinien ...

*Aber mit der Rückkehrhilfe sparen wir viel teurere Zwangsausschaffungen.*

**Müller:** Natürlich sind Zwangsmassnahmen teuer, und es wäre gut, wenn man sie vermeiden könnte. Aber nicht um den Preis der Rechtsstaatlichkeit. Sonst müssten wir auch unsere Gefängnisse dichtmachen, die kosten nämlich ebenfalls Unsummen. Geld kann beim Vollzug von Gesetzen nicht das ausschlaggebende Kriterium sein.

*Konsequenterweise müssten Sie jetzt die Abschaffung der Rückkehrhilfe fordern.*

**Müller:** Das ist leider nicht mehrheitsfähig. Wir sollten aber in jedem Fall den Vollzug verbessern. Dafür braucht es mehr Ausschaffungshaftplätze und mehr Personal

beim Bundesamt für Migration. Das Parlament hat seine Arbeit bereits gemacht: Es hat entsprechende Vorstösse der FDP angenommen.

*Kommen wir zu einem anderen Thema, das diese Woche Schlagzeilen gemacht hat: zu den Einbürgerungen. Als Sie vor bald 20 Jahren Ihre Zuwanderungsinitiative vorgestellt haben, die Ihnen den Übernamen 18-Prozent-Müller eingebracht hat ...*

**Müller:** ... hier im Journalistenzimmer des Bundeshauses haben Sie mich grilliert, die gesamte Journalisten-Kaste. Ich erinnere mich genau!

*Sie versprachen damals, sich bei einem Nein für eine bessere Integration von Ausländern einzusetzen. Sind Sie inzwischen Politiker genug, um sich nicht mehr um Ihre Versprechen von gestern zu kümmern?*

**Müller:** Was meinen Sie damit? Die FDP hat sich immer für eine bessere Integration eingesetzt! Nicht nur im neuen Bürgerrechtsgesetz werden endlich verbindliche Integrationskriterien definiert, sondern auch im seit 2008 geltenden Ausländergesetz. Dort gibt es ein ganzes Integrationskapitel, für das sich die FDP eingesetzt hat.

*Warum hintertreibt die FDP dann die Absicht des Bundesrats, bei den Einbürgerungen auf den Grad der Integration statt auf die Dauer des Aufenthalts abzustellen?*

**Müller:** Wir stellen auf beides ab. So gibt es jetzt genaue Kriterien, welche für eine Einbürgerung erfüllt sein müssen. Diese Verbesserung rechtfertigt eine Kürzung der Aufenthaltsdauer auf zehn Jahre. Beides zusammen ist mehrheitsfähig beim Volk, was bei einer Kürzung der Aufenthaltsdauer auf acht Jahre auch bei unseren Wählern kaum der Fall wäre. Zudem wird so endlich Rechtssicherheit geschaffen. Wir lösen ein 62-jähriges Gesetz ab, welches bei den Einbürgerungsanforderungen der Willkür Tür und Tor offen lässt. Ende der Sommersession werden wir ein modernes Bürgerrechtsgesetz haben.

*Wie das? Noch immer sind sich Ständerat und Nationalrat nicht einig, ob der Aufenthalt als vorläufig aufgenommener Asylsuchender und die Zeit zwischen dem 10. und 20. Altersjahr doppelt angerechnet werden.*

**Müller:** In diesen beiden Punkten werden wir die Ständeratsvariante akzeptieren. Das wird reichen für eine Mehrheit in der Schlussabstimmung.

*Dann waren die umstrittenen Fragen von Anfang an nur taktische Manövermassen?*

**Müller:** Sie meinen doch nicht im Ernst, dass ich Ihnen hier die Windungen und Hirnströme offenlege, wie man Mehrheiten beschafft?

*Vielleicht ein wenig?*

**Müller:** Es gab ein verschwörerisches Geheimgespräch, wie das heute bezeichnet



FDP-Präsident Philipp Müller: «Mit nur Politik aus Überzeugung holen Sie sich eine blutige Stirn, weil Sie ständig gegen die Wand anrennen.»

Bild Manuela Jans

wird, wenn man sich mit Exponenten anderer Parteien trifft. (lacht)

*Mit dem neuen Gesetz wird die Hürde für Einbürgerungen erhöht. Das behindert die Einbürgerungswilligen?*

**Müller:** Die Hürde wird nicht einfach erhöht. Es wird vor allem genau umschrieben, welche Kriterien eine Person erfüllen muss, um den roten Pass zu erhalten. Ohne diese klaren Anforderungen hätte ein Gesetz bei der aktuellen Stimmungslage keine Chance bei einer Referendumsabstimmung.

*Die aktuelle Stimmung?*

**Müller:** Die Einwanderungszahlen gehen im Moment steil durch die Decke. Da muss ich keine Umfragen in der Sonntagspresse lesen, um zu wissen, wie die Stimmung im Volk ist. Ich will das neue Gesetz, weil es grosse Ungerechtigkeiten und Rechtsunsicherheiten beseitigt. Heute hängen die Chancen von Einbürgerungen massgeblich davon ab, in welcher Gemeinde oder in welchem Kanton jemand wohnt.

*Sie persönlich haben also kein Problem mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen acht Jahren Wohnsitzdauer?*

**Müller:** Diese Frage stellt sich nicht. Acht Jahre sind nicht mehrheitsfähig. Dann interessieren sie mich auch nicht.

*Man könnte auch Politik aus Überzeugung machen.*

**Müller:** Das ist richtig, und das tun wir auch. Aber mit nur Politik aus Überzeugung holen Sie sich eine blutige Stirn,

weil Sie ständig gegen die Wand anrennen. Das ist nicht die Taktik der FDP.

*Was, wenn die SVP trotzdem das Referendum gegen das Einbürgerungsgesetz ergreift?*

**Müller:** Dann steige ich nur zu gern in die Hosen! Wissen Sie warum? Die SVP hätte nur noch ein Argument: die Kürzung der Wohnsitzdauer von zwölf auf zehn Jahre. Ansonsten aber gewinnt sie nichts, wenn sie das Gesetz versenkt. Im Gegenteil. Dann ist die Anrechnung der Aufenthaltsdauer als vorläufig Aufgenommener weiterhin möglich, und sogar die Dauer des Asylverfahrens könnte angerechnet werden. Ein Referendum von rechts wäre ein absoluter Fehler und eines von links chancenlos.

*Das derzeit alles überschattende*

*Thema ist die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Wofür sprechen Sie sich aus? Für eine strikte oder eine möglichst flexible Umsetzung?*

**Müller:** Die Verfassungsnorm muss nicht strikt oder flexibel, sondern korrekt umgesetzt werden. Eins ist klar: Es gibt unter keinem Titel eine Umsetzung, die kompatibel mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen ist. Ein Inländervorrang ist nicht kompatibel, jährliche Höchstzahlen und Kontingente sind nicht kompatibel.

Doch genau das steht nun in der Bundesverfassung.

*Könnte man nicht, wie Wirtschaftsvertreter und Staatsrechtler vorschlagen, einen Weg über Schutzklauseln finden?*

**Müller:** Nein, das würde dem Verfassungsartikel widersprechen. Egal, wie hoch oder schwammig oder flexibel die Zahlen sind: Sie sind nicht EU-kompatibel.

*Die Wirtschaft fürchtet den Hosenlupf mit der EU und fordert, dass man die Initiative lieber nicht umsetzt. Hat sie Recht?*

**Müller:** Nein. Der Entscheid des Souveräns vom 9. Februar gilt auch für die Wirtschaft. Statt auf Vorrat zu jammern und unrealistische Vorschläge zu machen, wäre es hilfreicher, wenn die Wirtschaft vermehrt das inländische Potenzial an Arbeitskräften nutzen würde. Da geht es vor allem um Frauen und ältere Arbeitnehmer.

*Bei allem Respekt, Herr Müller: Das hören wir schon seit Jahren.*

**Müller:** Es wäre dennoch die richtige Botschaft, um den Graben zwischen Wirtschaft und Bevölkerung zuzuschütten, der in den letzten Jahren entstanden ist. Aber die Botschaft alleine genügt nicht. Es müssen Taten folgen.

**«Statt auf Vorrat zu jammern, wäre es hilfreicher, wenn die Wirtschaft das inländische Potenzial an Arbeitskräften nutzen würde.»**